

Kleinschmidt: „Nicht abhängen lassen“

SP-Politiker unterstützt Stephanie Lose (V) und Thomas Andresen (V) dabei, den Grenzbahnhof in Weiche nicht aufgeben zu wollen

Apenrade/Aabenraa - Regionsrats-Vorsitzende Stephanie Lose (V) und Apenrades Bürgermeister Thomas Andresen (V) bekommen bei ihrem Aufruf an den Flensburger Stadtrat, den Grenzbahnhof Weiche nicht zu den Akten zu legen, Unterstützung von Stephan Kleinschmidt.

„Der Appell der beiden Politiker hier aus der Region ist der richtige Weg“, sagt Kleinschmidt, der für die Schleswigsche Partei (SP) im Sonderburger Stadtrat sitzt und den Plan von Tag eins an unterstützt hat.

Der Flensburger Stadtrat tagt in der kommenden Woche und der vielumworbene Bahnhof steht auf der Tagesordnung. In einer ersten Umfrage lehnte die Mehrheit das Projekt zugunsten eines Stadtbahnhofs in Flensburg ab.

„Sollte jetzt schon das Aus kommen, dann ist der Beschluss viel zu früh getroffen worden“, sagt Stephan Kleinschmidt.

Er sieht in dem Projekt Grenzbahnhof, dass zwar auf deutscher Seite durchgeführt soll, „doch für die ganze Grenzregion von größter Bedeutung ist, weil so Menschen und Unternehmen in der Region gehalten“, erklärt er.

Er befürchtet ebenso wie Lose und Andresen, dass sowohl Nord- als auch Südschleswig zu den Regionen gehören werden, die abgehängt werden. „Wir haben mit dem Grenzbahnhof in Weiche die einmalige Chance, Infrastruktur zu schaffen und so für Lebens- und Wirtschaftsraum zu sorgen“, sagt er.

„Ich hoffe, dass der Stadtrat in Flensburg die Weitsicht hat, die Zukunftschance zu erkennen, sodass die Züge aus Kopenhagen und Aalborg nicht im studentakt und ohne Stopp an uns vorbeirauschen, sondern – ohne Zeitverlust – in Weiche halten und damit die Region stärken“, richtet er seine Worte an die Flensburger Politiker.

Für die Finanzierung des regionalen Großprojekts könnte sich Kleinschmidt vorstellen, Mittel auch aus europäischen Töpfen zu bekommen, sodass die Last nicht nur auf den Schultern Flensburgs liegt. „Es handelt sich um ein Vorhaben, das Auswirkungen nördlich und südlich der Grenze haben wird. Deshalb müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, um es durchzuführen. Und da könnten natürlich auch EU-Mittel eine große Rolle spielen“, ist sich der SP-Politiker sicher. *Jan Peters*